

---

## Mitteilungen und Berichte

### Gewalt: Strukturen und Akteure

**Tagung „Politische und ethnische Gewalt in Südosteuropa und Lateinamerika (19./20. Jahrhundert)“  
13.-15. November 1996 an der Universität Leipzig**

Ist Gewalt ein Überbleibsel „barbarischer“ Vergangenheiten oder im Gegenteil Ausdruck der politischen, sozialen, mentalen und psychologischen Verwerfungen der Moderne? Gibt es kulturanthropologisch, habituell oder „mental“ bedingte Dispositionen zur kollektiven Gewaltsamkeit oder muß diese gleichsam aus den aktuellen Umständen erklärt werden? Fragen solcher Art sollte auf dieser von den Abteilungen für Ost- und Südosteuropäische Geschichte und für Vergleichende Geschichtswissenschaft/Ibero-Amerikanische Geschichte der Universität Leipzig in Zusammenarbeit mit der Körber-Stiftung (Hamburg) veranstalteten Tagung anhand von Fallbeispielen aus Lateinamerika und Südosteuropa nachgespürt werden. Beide Großregionen gelten gemeinhin als in besonderer Weise von kollektiven Gewaltphänomenen geprägt; kollektive Gewaltphänomene besaßen und besitzen in beiden Großregionen eine die sozialen und politischen Strukturen überformende Kraft. Es bot sich daher an, sie vergleichend zu behandeln und damit Experten zusammenzubringen, die sonst eher neben- als miteinander forschen. Dabei sollte es weniger um die Herstellung von historischen Parallelen gehen, als vielmehr um die Schärfung des Begriffsapparates und die Prüfung vorhandener, generalisierender Erklärungsansätze. Leitende Themen des Vergleichs waren erstens *Staatsbildung und Gewaltverteilung im gesellschaftlichen Raum*, zweitens die *kulturanthropologischen Dimensionen von Gewalt*, drittens *Gewaltformen im Zusammenhang der Transformationen ethnischer Identität*, wie sie bekanntlich mit den

Zwangsmigrationen und sogenannten „ethnischen Säuberungen“ im ehemaligen Jugoslawien einen neuen, traurigen Höhepunkt gefunden haben, und viertens *Konfliktschlichtungsmuster und Deeskalation von Gewalt*.

Das Einführungsreferat „‘Modernisierung’ und Gewalt? Historische Erklärungsansätze“ hielt Alf Lüdtke (Max-Planck-Institut für Geschichte, Göttingen). Er wandte sich gegen die von Marx über Durkheim bis Elias vertretene These, Gewalt befinde sich im Laufe des Modernisierungsprozesses auf dem „Rückzug“. Auch die Vorstellung Bourdieus, symbolische oder „sanfte“ Gewalt sei an die Stelle direkter, körperlicher getreten, sei nichts anderes als eine „Mischung aus Analyse und Projektion“. Weder die koloniale Expansion noch die „sozialdarwinistisch geprägte Rationalität“ der Massenmorde des 20. Jhs könne man als Betriebsunfälle des Modernisierungsprozesses abhandeln. Statt dessen gelte es, die „Dialektik der Aufklärung“ (Horkheimer) und die noch pessimistischere „Dialektik der Ordnung“ (Baumann) in den Blick zu nehmen und Gewalt als Teil eines „Praxiszusammenhanges“ zu begreifen. Grausamkeiten würden von nichtgrausamen Menschen verübt, bei denen Rollenverhalten an die Stelle von Moralität getreten sei. Ein Beispiel für die hierbei wirkenden „Ensembles“ von Selbst- und Fremddeutungen sei die nationalistisch aufgeladene Vorstufung von der „deutschen Qualitätsarbeit“. Diese Selbstdedeutung habe, nicht zuletzt wegen der Paralleltäten zwischen industrieller und militärischer Arbeitsteilung, bruchlos sowohl massenhafte Produktion als auch massen-

hafte Destruktion zugelassen. Angesichts der Grenzen eines funktionalistischen Gewaltbegriffs sei es zwingend, in die Gewaltforschung die Dimensionen des Handelns und der Erfahrung einzubeziehen. Wer von Gewalt spreche, müsse auch vom Leiden und vom Antun der Gewalt sprechen.

Erster großer thematischer Komplex war der Vergleich der Probleme von Staatsbildung und Gewaltverteilung im gesellschaftlichen Raum. Peter Waldmann (Universität Augsburg) sprach über Gewaltmonopol und Gewaltmodalitäten in Lateinamerika aus der Sicht des Soziologen. In deutlich markierter Abgrenzung zu seinem Vorredner plädierte Waldmann für eine „strukturelle Analyse des politischen Gewaltgeschehens in Lateinamerika“, die den Akteuren Rationalität unterstelle und nicht „in die Sozialpsychologie abdrifte“. Ausgangspunkt war dabei der Weberische Staatsbegriff, den der durchschnittliche lateinamerikanische Staat auch heute noch nicht erfülle. Der Rekurs auf die Gewalt signalisiere die Schwäche dieser Staaten, die nicht mit einem „Drohüberhang“ (im Sinne von Oestreich, Elias und Foucault) arbeiten könnten und könnten, der der Disziplinierung und Entmündigung der Staatsbürger diene. Lateinamerika sei gerade zu dem Zeitpunkt unabhängig geworden, als in Europa diese neuen Mechanismen zu greifen begonnen hätten, für die in Lateinamerika die Voraussetzungen ebenso gefehlt haben wie für das bei der Unabhängigkeit „übertragene“ Modell des Verfassungsstaates. In der Folge habe sich die alltägliche Kontinuität der Gewalt gerade auch als Mittel der Schwachen entwickelt. Gewalt werde aber sehr „ökonomisch“, d. h. mit weniger Opfern als in Europa, und mit „ausgeklügelten Drohtechniken“ angewendet. Der Staat allerdings könne seinem Gewaltpotential keine haltbaren Schranken setzen, denn nur Staaten, die die Gesellschaft perfekt kontrollierten, seien in der Lage, „abzurüsten“. Aus der strukturellen Heterogenität dieser Gesellschaften ergebe sich ein dem „Phasenmodell“ Charles Tillys nicht entsprechenden Nebeneinander von traditionellen und rationalen Gewaltmodalitäten. Diese müßten in den politischen Prozeß einge-

ordnet, der politische Prozeß wiederum in seiner Struktur untersucht werden. Hilfreich sei dabei das Andersonsche Modell der „Machtfaktoren“, die über jeweils unterschiedliche Ressourcen verfügten, die im politischen Feld erst kompatibel gemacht werden müßten. Für die Untersuchung der Gewalt im politischen Prozeß ergäben sich somit drei Ebenen, nämlich erstens die des einzelnen Machtfaktors (z. B. der Gewerkschaften), zweitens die der Einflußnahme im Staatsapparat (der „Kampf um die Plätze“) und drittens die des gesellschaftlichen Systems. Auf allen drei Ebenen, die sich übrigens partiell neutralisierten, tobe der Kampf sowohl auf vertikaler als auch horizontaler Ebene, und auf der dritten naturgemäß am härtesten.

Wolfgang Höpken (Universität Leipzig) benannte in seinem Referat „Blockierte Zivilisierung?“ Staatsbildung, Modernisierung und Gewalt auf dem Balkan“ zwei Wurzeln neuzeitlicher Gewalt. Sie sei durch den Modernisierungsprozeß induziert worden, gleichzeitig aber auch Folge des gebrochenen, partiellen Modernisierungserfolges und des Weiterwirkens „prämoderner Strukturen, kultureller Wirkungsfaktoren und mentaler Verhaltensdispositionen“. Das Projekt des modernen Nationalstaates habe die Rolle des wichtigsten Gewaltauslösers gespielt, zumal unter der Bedingung der Ungleichzeitigkeit von Staats- und Nationsbildung in einer ethnisch und räumlich stark fragmentierten Region. Moderne Staatsbildung habe so in Südosteuropa entgegen der Annahme Elias' nicht zur Zivilisierung geführt. Zu exemplifizieren sei dies am aus der Konkurrenz maximalistischer Nationalstaatsvorstellungen entstandenen Balkankrieg. Dieser müsse als der Prototyp des über alle Grenzen eines „verregelten“ und „verrechtlichten“ Staatenkrieges hinausdrängenden ethnischen Krieges gelten. Er habe, wie alle modernen Kriege der Region, nicht nur als Mittel der territorialen Akquisition, sondern auch der gewaltvollen Homogenisierung des Nationalstaates fungiert, legitimiert durch Tarnung als „nationaler Befreiungskrieg“ und damit Momente des „ideologischen Krieges“ im Sinne Carl Schmitts erhaltend. Andererseits haben die „gebrochen realisierten

Adaptionen west- und mitteleuropäischer Modernitätsvorstellungen“ gerade wegen dieser Gebrochenheit zur Eskalation beigetragen. Deutlich werde dies bei der nie völlig erreichten Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols. Oft habe der Staat mit den segmentären Gewalten, mit Banden und terroristischen Gruppen zu einem Verhältnis 'friedlicher' Koexistenz gefunden, das es ihm ermöglichte, die segmentäre Gewalt gegebenenfalls „von der Leine zu lassen“. Einige der Vorbedingungen für Gewaltminimierung seien im Prozeß der südosteuropäischen Staatsbildungen nur „gebremst“ zur Wirkung gekommen, so etwa partizipative und rechtsstaatliche Institutionen. Dies habe bis 1945 einen dauerhaft hohen Pegel ethnischer und politischer Gewalt in diesen Gesellschaften begünstigt. Die Frage, inwieweit kulturelle Traditionen ihren Beitrag hierzu leisteten, sei umstritten; jedoch sei es plausibel, daß das verbreitete Weiterbestehen einer vormodernen, kollektivistischen, antiindividualistischen Züge aufweisenden Mentalität einer weitverbreiteten Akzeptanz von Gewalt Vorschub geleistet habe. Vermittelnd habe hier bis heute eine Erinnerungskultur gewirkt, in der Gewalt einen zentralen Stellenwert einnehme; vermittelt und freilich nicht aus eigener Kraft, sondern durch die Indienstnahme für den Ethnonationalismus.

Zweites Oberthema der Tagung waren die kulturanthropologischen Dimensionen von Gewalt. Zunächst sprach Fikret Adanir (Ruhr-Universität Bochum) über „Hajduken: Mythos und Realität einer frühneuzeitlichen Gewaltform“ und damit über das „am häufigsten behandelte Thema“ der seit ihrem Anbeginn auf der Suche nach „nationaler Resistance“ befindlichen Balkanhistoriographie, die dabei freilich der Quellenproblematik nicht immer gerecht geworden sei: Das Motiv des „edlen Helden“, der auch ein „edler Räuber“ ist, existiere in diesen Breiten seit Homer. Ausgehend von den Prämissen, daß der Balkan bereits vor der osmanischen Eroberung im Vergleich zum übrigen Europa rückständig und die balkanischen Gesellschaften nicht erst unter den Osmanen stark militarisiert gewesen seien, andererseits die osmanische Herrschaft

sich durch Förderung der orthodoxen Kirche auch bei den Christen legitimiert sowie Handel, Verstärkung und Geldwirtschaft begünstigt habe, entwickelte Adanir einen „anthropologischen Ansatz“ zur Erklärung des Hajdukenphänomens: Es habe sich bei ihnen um von Statusverlusten bedrohte Wanderhirten gehandelt, die auf den Verlust militärischer und ökonomischer Entfaltungsmöglichkeiten mit einem Rekurs auf männliche Ehre und Heroentum reagiert hätten, der in der Praxis die Form „organisierter Kriminalität“ angenommen habe. Dabei seien sie jedoch durchaus vor *bargaining* dem Kompromiß mit der osmanischen Herrschaft zugegeneigt geblieben: Karriereziel eines durchschnittlichen Hajduken sei demnach die Anstellung als Armatole gewesen, als „Hilfspolizist“ mit dem Armatole als quasi-feudaler Basis. Mit bäuerlichem Protest habe dies so wenig zu tun gehabt wie mit nationalem Widerstand.

Karl Kaser, Hannes Grandits und Christian Promitzer (Karl-Franzens-Universität Graz) stellten in ihrem Referat „Militärgrenze und Gewaltentwicklung in Südosteuropa“ Konzeption und erste Ergebnisse ihres gleichnamigen Forschungsprojekts vor. Sie fragen nach der Bedeutung der überlieferten Erfahrungen für die aktuellen Konflikte zwischen Serben und Kroaten im Gebiet der ehemaligen kroatisch-slawonischen Militärgrenze; einem Territorium entlang der Grenze zum Osmanischen Reich, das unter habsburgischer Herrschaft vom 16. Jh. bis 1881 militarisiert gewesen ist und dessen zum großen Teil aus dem Osmanischen Reich zugewanderte Bewohner einen Status als „freier Bauer und Soldat“ (Kaser) genossen. Die Grazer Forscher wollen sich dabei auf die Suche nach der historischen Erinnerung geben, nach der „historisch eingeschriebenen Gewalt“, die sich über den Zeitraum von bis zu zehn Generationen in dieser patriarchalisch-militarisierten Gesellschaft mit klaren Freund-Feind-Vorstellungen „angespeichert“ habe. Sie gehen davon aus, daß die symbolische Ordnung, die Vorstellungen von Macht und männlicher Ehre im Jahrhundert nach der Auflösung der Grenze als territorialem militärischem Verband stabil geblieben,

aber bei den Zusammenbrüchen der als legitim empfundenen Ordnung und des staatlichen Gewaltmonopols nach 1941 und 1991 der Rückgriff zur Waffe entlang der in diesem Jahrhundert neugebildeten ethnischen Grenzen erfolgt sei.

Hans Werner Tobler (Universität Zürich) vertrat mit seinem Vortrag „Frontier, Peripherie und Sierrano Movements im Norden Mexikos“ die lateinamerikanische „Seite“ der kulturanthropologischen Dimension. Die Jahre von 1910 bis 1920 waren in Mexiko in einem Maße durch Gewalt charakterisiert, das in kaum einer anderen Epoche oder Region des Subkontinents seinesgleichen findet. Im Süden des Landes gingen die gewalttätig agierenden Bewegungen aus dem Kampf zwischen im Zeichen der Agrarkonjunktur und der Kommerzialisierung gegen die *comunidades* vorgehenden Großgrundbesitzern einerseits, den Bauern andererseits hervor. Das Eindringen des Großgrundbesitzes und den folgenden Enteignungsdruck habe es zwar auch im peripheren Norden gegeben. Dessen Probleme seien dennoch komplexer und die gewalttätigen Bewegungen sozial heterogener zusammengesetzt gewesen. Auslandskapitalinduziertes wirtschaftliches Wachstum in Landwirtschaft, Bergbau und Verkehrswesen, der hieraus folgende demographische Wandel, Oligarchisierung und Eindämmung regionaler Autonomien, gleichzeitig von Seiten des Staates die Aushöhlung der Rechte der Einzelstaaten und der Gemeindeautonomie, damit das Schwinden überlieferter Sozialbeziehungen: Daraus sei ein explosives Gemisch entstanden, bei dessen Detonation die Nachkommen ehemaliger Militärkolonisten an der Apachengrenze mit ihrer „spezifischen Gewalttradition“ die ersten Aufständischerde bildeten. Auch für die folgende Zeit lasse sich bei den „sierrano movements“, den „Privatarmeen“ des siedlungsarmen Nordens das Weiterwirken einer staatsfernen „zivilen Selbstverteidigungstradition“ und der Stolz auf diese nachweisen.

Im dritten thematischen Komplex standen die Zusammenhänge zwischen Transformationen ethnischer Identität und Gewaltformen zur Debatte. Holm Sundhaussen (Freie Universität Berlin) fragte in

seinem Beitrag „Ethnische Gewalt auf dem Balkan im Lichte der Goldhagen-Kontroverse“ nach den Ursachen kollektiv ausgeübter Gewalt gegen ethnische oder ethnonationale Gruppen. Zwar seien die Nationalbewegungen auf dem Balkan recht gut untersucht, aber man wisse wenig sowohl über die Zugehörigkeitsgefühle der Balkanbevölkerung der vornationalen Zeit als auch über den Wandel der „nationalen Definitionsmerkmale“ in dieser Zeit. Die „Definitionskriterien der Bildung nationaler Wir-Gruppen“ aber seien das eigentlich Gewaltträchtige.

Um hier weiterzukommen, entwickelten Sundhaussen eine idealtypische Gegenüberstellung von „kulturell-subjektivem“ und „genetisch-objektivem“ Nationsverständnis. Für ersteres sei die Gemeinsamkeit von Wertvorstellungen, Institutionen und politischen Überzeugungen konstitutiv für eine Nation, die somit gewechselt werden könne. Die „genetisch-objektive“ Anschauung dagegen sehe die Merkmale der Nation als unwandelbar und vorgegeben; die Nation werde damit zur „geschlossenen Gesellschaft“, zur „Zwangsgemeinschaft“, die weder Eintritt noch Austritt zulasse. In der Geschichte des Balkanraumes gebe es viele Beispiele für den Paradigmenwechsel vom „kulturell-subjektivem“ zum „genetisch-objektivem“ Nationsverständnis, bis sich übera! das Konzept der Ethnonation durchgesetzt habe. Warum, sei nur unzureichend erforscht. Angesichts der ethnischen „Gemengelage“ überall im Balkanraum sei die logische Folge des Konzepts der Ethnonation die „ethnische Säuberung“ mit bisher neun bis zwölf Millionen Opfern seit dem Beginn des 19. Jh.s. Die Motive des „Durchschnittsakteurs“, nicht des Drahtziehers, blieben dennoch erklärungsbedürftig. Eliminatorische Feindbilder à la Goldhagen seien „vielleicht eine notwendige, aber sicher keine hinreichende Voraussetzung des Massenmordes.“ Zur „anthropologischen Ressource“ Gewaltbereitschaft müssten Einflüsse auf drei Ebenen hinzukommen: Auf der Ebene der langfristig gewachsenen Strukturen wirkten z. B. Vorurteile und kulturelle Codes; kurzfristige Strukturbrüche wie Kriege, Krisen und Modernisierungsprobleme

schüfen Unsicherheit; meinungsbildende Eliten und charismatische Führer nutzten diese Unsicherheit, aber auch tieferliegende Dispositionen bei der Steuerung der selektiven Wahrnehmung der Gesellschaft wie z. B. bei der Reaktivierung von Feindbildern.

Michael Riekenberg (Universität Leipzig) wies zu Beginn seines Vortrages „Ethnische Revolten und ethnische Kriege in Lateinamerika im 19. Jahrhundert“ darauf hin, daß am europäischen Modell gewonnene Definitionen des „ethnischen Krieges“ für Lateinamerika ebensowenig hinreichend seien wie solche, die diese Konfliktform als „Retribalisierung gesellschaftlicher Konflikte“ erfassen wollten. Denn es habe zwar auch in Lateinamerika tribale Beteiligungen an gesellschaftlichen Konflikten und Exterminierungskriege an den Grenzen gegeben, aber die Nationen seien dort nicht nach ethnischen Merkmalen definiert worden. Eine „Purifizierung“ im ethnonationalen Sinn habe nicht stattgefunden, und die Indios seien nur dann ausgeschlossen worden, wenn sie sehr kleine Minderheiten im neuen Staat bildeten. Den „modernen Exterminierungskrieg“ habe es nur an der Grenze gegeben, z. B. im La Plata-Gebiet. Typologisch sei eine Unterscheidung zwischen ethnischen Revolten und ethnischen Kriegen von der „Raumordnung“ her möglich: Geordnete, enger vernetzte Räume mit stabilem Koordinierungszentrum haben im Falle ihrer Ausdehnung Druck auf in „comunidades“ organisierte Indigene Gruppen ausgeübt und so ethnische Revolten hervorgerufen. Ethnische „small-scale-wars“ zwischen autonomen „comunidades“ – von den Protagonisten als Kriege, von den zeitgenössischen Beamten als Unruhen begriffen – dagegen seien als Phänomen fragmentierter Räume mit parallelen Organisationsstrukturen aufzufassen. In beiden Fällen sei der Ausbruch der Streitigkeiten nach Abbruch oder Versagen klientelärer Steuerungsmöglichkeiten erfolgt. Häufig überlagern sich in der Praxis ethnische Auseinandersetzungen mit „anderen“ Kriegen. Im „Hinterland“ sei Gewalt das einzige Kommunikationsmittel zwischen einem liberalistischen Staat, der den Kontakt zu den *comunidades* verloren hatte,

und den letzteren gewesen, bis der Staat durch sowohl „despotische“ als auch „infrastrukturelle“ Machtanwendung (im Sinne Michael Manns) die Dörfer wieder in den Staat zurückgeholt habe.

Beim vierten, abschließenden und sozusagen „handlungsorientierten“ Tagesordnungspunkt *Konfliktschlichtungsmuster und Deeskalation von Gewalt* mußten komparative Gesichtspunkte auf die Diskussion beschränkt bleiben, weil die vorgesehene Referentin für den südosteuropäischen Teil, Marie-Janine Calic (Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen) ihren aktuellen Aufgaben bei der Konfliktregulierung in Bosnien nachzugehen hatte. Heinrich W. Krumwiede (Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen) plädierte in seinem Beitrag „Konfliktregulierung in El Salvador in komparativer Perspektive“, ausgehend von der Prämisse, daß in Bürgerkriegsländern ohne oder gegen relevante Akteure kein Frieden erreicht werden könne, für einen Ansatz, der deren Perzeption und Kalküle in den Vordergrund stellt. Es gebe eine gewisse Rationalität bei den Gewaltakteuren, die nachzuvollziehen versucht werden müsse. Zu klären seien die folgenden Fragen: Welche internen Akteure müssen in den Frieden einbezogen werden? Unter welchen Bedingungen entwickeln die Beteiligten die Fähigkeit zum Kompromiß? Was sind die Bedingungen des Friedens? Welche Rolle spielen externe Mächte? Am Beispiel El Salvadors, einem Land, in dem ein elfjähriger Bürgerkrieg, der 80 000 Tote und zwei Millionen Flüchtlinge gekostet hat, 1992 durch ein Friedensabkommen beendet werden konnte, entwickelte Krumwiede seinen Ansatz im Detail: Demnach mußten in diesem „relativ einfach“ gelagerten Fall eines sozialen, nicht ethnischen Bürgerkrieges mit zwei um den Sieg auf nationaler Ebene ringenden Akteuren die polaren Kräfte beteiligt werden. Es gäbe „keinen Weg an den Gewalttätigen vorbei“, deren Grundinteressen müßten im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Abwägung geachtet werden. Das in El Salvador bestehende militärische Patt sei dabei „eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung“ gewesen. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts seien

die Kontrahenten zur definitiven Einsicht in ihre Siegfähigkeit gelangt. Durch die Umgestaltung der militärisch-zivilen Beziehungen z. B. beim Neuaufbau der Polizei konnten die Interessen der Guerilla, durch den Verzicht auf die Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen die der Militärs gewahrt werden. Machtfragen seien ohne krasse Verlierer geregelt, nicht nur Institutionen für, sondern inhaltliche Vereinbarungen über die Konflikte geschaffen, somit die Handlungsmöglichkeiten der neugewählten Regierung stark eingeschränkt und auf diesem Wege die Bedeutung des Wahlergebnisses, zu dem immer auch ein Verlierer gehöre, relativiert worden. Äußere Akteure, auch dies zeige das Beispiel El Salvadors, könnten Bürgerkriege bequem verlängern, aber den Frieden nicht erzwingen, sondern lediglich die Kosten-Nutzen Kalküle der Hauptbeteiligten indirekt beeinflussen. Die Konsequenzen dieses Ansatzes für das bosnische Problem fliegen auf der Hand.

Aus der Vielzahl der ertragreichen *Diskussionen* sei hier erwähnt, daß mehrfach Kritik an der Vorstellung von einer „anthropologischen Konstante“, einem „anthropologischen Grundmerkmal Gewalt“ geübt wurde. Andere Teilnehmer fragten nach der Möglichkeit kontinuierlicher Imagination von Männlichkeitskult und Gewaltkultur über zahlreiche unter ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen lebende Generationen und plädierten statt dessen für Ansätze, die

nicht von der Kontinuität solcher Vorstellungen, sondern von deren immer neuer Evozierung, der Aktivierung von Bildern und Stereotypen ausgehen.

Als *Resümee* der Tagung ist festzuhalten, daß, ganz abgesehen von der erhellenen Wirkung des kontrastierenden Vergleichs, trotz der großen Unterschiede zwischen diesen weit auseinanderliegenden Regionen doch auch faszinierende Gemeinsamkeiten festzustellen sind. Hierzu gehören beispielsweise Ähnlichkeiten beim Komplex der langsamen und bis weit ins 20. Jh., ja bis in unsere Zeit hinein nicht vollständigen Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols, oder, weiter gefaßt, bei der Staatsbildung im Sinne Max Webers insgesamt, die für die Gewaltinduzierung wichtige Folgen hat. Auffällige Unterschiede finden sich in der sehr verschiedenen Bedeutung, die ethnisch motivierte Gewalt für die beiden Regionen hat; oder auch bei der Untersuchung der Grenzen als Ort von Gewalttätigkeit. Kriege als Weltdeutungskonflikte dürften in Südosteuropa häufiger gewesen sein als in Lateinamerika. Dabei scheint es, daß manche dieser Unterschiede sich relativieren könnten, wenn man bei der Untersuchung von der Ebene der Strukturen zu der der Akteure vordringt. Sich über die hierbei erzielten Fortschritte auszutauschen, wird Aufgabe einer Fortsetzungskonferenz sein, die in etwa zwei Jahren an der Universität Leipzig stattfinden soll.

Andreas Helmedaeh